

Düsseldorf, 24. Januar 2008

CO₂-Zertifikate kosten deutsche Industrie bis zu 24,4 Milliarden Euro

A.T. Kearney-Analyse: Neues Energie- und Klimapaket der EU führt zu massiven Kostenbelastungen und wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus - Insbesondere energieintensive Industrien betroffen, sofern 2010 keine Ausnahmeregelungen beschlossen werden

Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des CO₂-Emissionshandels führen von 2013 bis 2020 zu einer Mehrbelastung der deutschen Industrieunternehmen von insgesamt bis 24,4 Milliarden Euro. Neben der notwendigen Verpflichtung zum Klimaschutz ist die EU nun gefordert, die Grundlagen für ein ausgewogenes Verhältnis von CO₂-Reduktion und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu schaffen. Dem Wirtschaftsstandort Europa droht ansonsten die Abwanderung insbesondere energieintensiver Industrien, wenn für diese keine entsprechenden Ausnahmeregelungen gefunden werden. Das geht aus einer aktuellen Studie der Top-Managementberatung A.T. Kearney hervor, in der die Auswirkungen des neuen EU-Energie- und Klimapakets auf die europäische Industrie untersucht wurden. Für die Energiewirtschaft Deutschlands wird die Kostenbelastung zwischen 2013 und 2020 bei bis zu 115,2 Milliarden Euro liegen. Vor allem die Roheisen- und Stahlindustrie, die Raffinerien sowie die Zementklinkerindustrie sind von der Einschränkung der Zertifikatevergabe am stärksten betroffen. Im internationalen Vergleich könnte ohne Ausnahmeregelungen ihre Wettbewerbsfähigkeit um bis zu 9 Prozent sinken.

Seit 1990 ist der Primärenergiebedarf in den Ländern der EU-15 jährlich um durchschnittlich 1,0 Prozent von 15.444 Terrawattstunden (TWh) auf 17.968 TWh gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben auch die CO₂-Emissionen von 3.068 auf 3.361 Millionen Tonnen zugenommen, was einer jährlichen Steigerung von 0,6 Prozent entspricht. „Um das angestrebte Emissionsziel der EU zu erreichen, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, ist die teilweise Umstellung von Kohle auf Gas und von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energieträger notwendig“, sagt Dr. Florian Haslauer, Vice President bei A.T. Kearney und Leiter der zentraleuropäischen Utility Practice: „Die durch die angestrebte CO₂-Reduzierung notwendigen Veränderungen im

Energiemix und die erforderlichen Investitionen in neue Technologien werden sich unserer Analyse zufolge für Unternehmen nur dann rechnen, wenn die CO₂-Zertifikatspreise von derzeit rund 20 Euro auf durchschnittlich 38 Euro je Tonne in der nächsten Handelsperiode ansteigen.“

Bewertung der CO₂-Kosten für Energiewirtschaft und Industrie

Um die durch den vorgesehenen Vergabemechanismus der CO₂-Zertifikate entstehende Kostenbelastung im Zeitraum von 2013 und 2020 zu bewerten, hat A.T. Kearney zwei Zukunftsszenarien analysiert. Im „Business as Usual“-Szenario werden die deutschen Industrieunternehmen CO₂-Zertifikate für 641,9 Millionen Tonnen CO₂ erwerben müssen, was 67 Prozent der in diesem Zeitraum benötigten Zertifikate entspricht. Dieses Szenario geht von einer Fortführung der historischen Produktionsentwicklung und einer Effizienzsteigerung von 1 Prozent pro Jahr aus. Im „EU-Zielvorgabe“-Szenario hingegen reduziert sich die Menge der Zertifikate, die im Rahmen von Auktionen ersteigert oder am Handelsmarkt zugekauft werden muss, auf 501,5 Millionen Tonnen. Die deutsche Energiewirtschaft müsste den Berechnungen von A.T. Kearney zufolge ohne Ausnahmeregelungen CO₂-Zertifikate für 3,03 Milliarden Tonnen („Business as Usual“) beziehungsweise 2,42 Milliarden Tonnen („EU-Zielvorgabe“) zukaufen.

„Für die deutschen Energieversorger bedeutet dies Zusatzkosten von insgesamt 92 bis 115,2 Milliarden Euro. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Kosten für die CO₂-Zertifikate an die Kunden weitergegeben werden, was auch bisher in ganz Europa der Fall war“, so Kurt Oswald, Principal bei A.T. Kearney und Leiter der Studie. „Allerdings wird sich die Wettbewerbsposition der Unternehmen verschlechtern, die einen hohen Anteil an fossilen Erzeugungskapazitäten aufweisen.“

Bezogen auf die deutsche Industrie bedeuten die vorgesehenen Regeln der Zertifikatsvergabe je nach Szenario im Zeitraum von 2013 bis 2020 im Extremfall eine zusätzliche Kostenbelastung von 19,1 bis 24,4 Milliarden Euro, sofern es 2010 zu keinen Ausnahmeregelungen für einzelne Branchen kommt. Die höchsten Belastungen würden dann auf die Roheisen- und Stahlindustrie mit 6,1 bis 7,9 Milliarden Euro zukommen. Aber auch Raffinerien (4,9 bis 6,2 Milliarden Euro) und die Zementklinkerindustrie (4 bis 5,1 Milliarden Euro) müssten dann mit enormen Zusatzkosten rechnen.

Globale Wettbewerbsposition der energieintensiven Industrien gefährdet

Die entstehenden Zusatzkosten werden sich zudem negativ auf die Produktpreise auswirken. Der A.T. Kearney-Analyse zufolge ist von einem relativen Anstieg der Produktionskosten bis 2020 um 45 Euro pro Tonne

Stahl auszugehen. Dies würde die Kostenposition der Roheisen- und Stahlindustrie um 7,3 Prozent im Vergleich zum internationalen Wettbewerb verschlechtern. Bei den Raffinerien und in der Zementklinkerindustrie steigen die Produktionskosten relativ um 0,3 beziehungsweise 9,2 Prozent bis zum Jahr 2020.

„Wir gehen davon aus, dass diese zusätzliche Kostenbelastung nicht an die Kunden weitergegeben werden kann“, so Oswald: „Denn diese Industrien befinden sich in einem globalen Wettbewerbsumfeld, in dem sie Wettbewerbern gegenüberstehen, die diese Zusatzbelastung in absehbarer Zeit nicht haben werden.“

Negative Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen

Ohne Ausnahmeregelungen bei einzelnen Branchen wird sich das EU-Energie- und Klimapakett der A.T. Kearney-Analyse zufolge zudem negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der deutschen Roheisen- und Stahlindustrie sowie der Raffinerien und der Zementklinkerindustrie auswirken. So ist für die Roheisen- und Stahlindustrie durch die zusätzliche Kostenbelastung unter derzeitigen Bedingungen und ohne Gegenmaßnahmen bis 2020 ein Rückgang des Unternehmensergebnisses (EBIT) von 45 Prozent zu erwarten. Bei den Raffinerien wird ein Rückgang des Unternehmensergebnisses um 9 Prozent prognostiziert, bei der Zementklinkerindustrie um 40 Prozent.

Ausgleichsmechanismen aus wirtschaftlichen und klimapolitischen Gründen dringend notwendig

„Die zusätzliche Kostenbelastung der europäischen energieintensiven Industrie könnte zu Produktionsverlagerungen in Regionen mit geringen Energiekosten ohne CO₂-Zusatzbelastung führen“, so Oswald: „Das würde aus globaler Sicht dem wichtigen Ziel der EU zuwiderlaufen, einen wesentlichen Beitrag zur weltweiten CO₂-Reduktion zu leisten.“

Eine Verlagerung der energieintensiven Industrie aus Europa heraus würde auf globaler Ebene zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen dieser Industrien führen. So entsteht beispielsweise in China bei der Produktion je Tonne Stahl die doppelte CO₂-Menge als in der EU.

„Ohne Ausgleichsmaßnahmen auf EU-Ebene zeigen unsere Analysen eine deutliche Verschlechterung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien und den gegenteiligen Effekt auf der Ebene globaler CO₂-Emissionen, als eigentlich beabsichtigt“, stellt Haslauer fest.

Über A.T. Kearney

A.T. Kearney verbindet als eines der weltweit größten Top-Management-Beratungsunternehmen strategische Weitsicht mit operativer Erfahrung. Entscheider in Großkonzernen ebenso wie in mittelständischen Unternehmen

aller Wirtschaftszweige sowie im öffentlichen Sektor nutzen unsere internationalen Beraterteams, um gemeinsam mit uns ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu steigern. A.T. Kearney wurde 1926 in Chicago gegründet und beschäftigt heute mehr als 2.300 Mitarbeiter in über 33 Ländern der Welt. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.atkearney.de.

Kontakt für die Presse

Stefanie Hauck
Marketing & Communications
A.T. Kearney GmbH
Kaistraße 16A
D-40221 Düsseldorf
Tel: +49-211-1377 2273
Fax: +49-211-1377 2990
e-mail stefanie.hauck@atkearney.com